



Pressemitteilung

Luxemburg, den 19. Juni 2018

Bekämpfung chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Bedrohungen mit Ursprung außerhalb der EU: Governance wurde verbessert, jedoch gezieltere Zusammenarbeit erforderlich, so das Fazit des Europäischen Rechnungshofs

Durch die von der EU in den Partnerländern durchgeführten Maßnahmen zur Bekämpfung chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer (CBRN) Bedrohungen mit Ursprung außerhalb der EU haben sich die Kapazitäten und die Zusammenarbeit auf nationaler und regionaler Ebene verbessert, die Aktivitäten müssen aber noch nach Risikograd priorisiert werden. Zu diesem Ergebnis gelangt der Europäische Rechnungshof in einem neuen Bericht. Die Fördermittel sollten auf sicherheitsrelevante Bereiche konzentriert werden und es sollte ein geeigneter Risikomanagementansatz entwickelt werden.

Ziel der EU-Initiative der CBRN-Exzellenzzentren ist die Eindämmung der chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Bedrohungen und Risiken, die ihren Ursprung außerhalb der EU haben. Die Initiative soll vor allem die Zusammenarbeit zwischen und in den Partnerländern fördern. Sie ist das größte zivile Programm der EU im Bereich der externen Sicherheit und für den Zeitraum 2014-2020 mit 130 Millionen Euro ausgestattet.

Die Prüfung diente der Weiterverfolgung eines Sonderberichts aus dem Jahr 2014, in dem die Struktur der Initiative untersucht worden war. Sie ergab, dass die Initiative zur Eindämmung der Bedrohungen beiträgt, ihre Glaubwürdigkeit und Nachhaltigkeit jedoch davon abhängt, ob sie Anpassungen vornehmen und zentrale Herausforderungen bewältigen kann.

"Ereignisse wie der Einsatz von Sarin und Chlorgas im Irak und in Syrien, der Ausbruch des Ebola-Virus in Westafrika und die Kernschmelze im Atomreaktor Fukushima haben drastisch vor Augen geführt, welche Gefahren aus chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Risiken erwachsen können," erläuterte Bettina Jakobsen, das für den Bericht zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. "Die Initiative hat noch keinen geeigneten Risikomanagementansatz entwickelt. Statt Maßnahmen und Finanzmittel auf die Länder zu

Diese Pressemitteilung enthält die Hauptaussagen des Sonderberichts des Europäischen Rechnungshofs. Bericht im Volltext unter www.eca.europa.eu.

ECA Press

Mark Rogerson – Sprecher

T: (+352) 4398 47063

M: (+352) 691 55 30 63

Damijan Fišer – Pressereferent

T: (+352) 4398 45410

M: (+352) 621 55 22 24

12, rue Alcide De Gasperi - L-1615 Luxembourg

E: press@eca.europa.eu

@EUAuditors

eca.europa.eu

konzentrieren, die für die Sicherheit der EU am bedeutendsten sind, wurde große Mühe darauf verwendet, mehr Partnerländer zu gewinnen."

Der Hof erkennt an, dass die Initiative eine Kultur der Sicherheit und Zusammenarbeit gefördert hat. In den meisten Partnerländern wurden nationale Teams benannt, um die Zusammenarbeit zwischen den Agenturen sicherzustellen. Die regionale Zusammenarbeit, um deren Förderung sich die Initiative bemüht, wurde aufgenommen, doch die Partnerländer interagieren noch nicht ausreichend, weil sie ihrem jeweiligen nationalen Bedarf zuerst gerecht werden wollen.

Die Kommission stellt den Partnerländern Instrumente und eine Methodik zur Verfügung, damit sie ihren eigenen Bedarf ermitteln und nationale Aktionspläne zur Eindämmung chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Risiken entwickeln können. Es fehlen jedoch ausreichende Orientierungshilfen dazu, wie Risiken ermittelt und priorisiert werden sollten.

Die Einbindung der EU-Delegationen hat sich seit 2014 verbessert. Nach Auffassung des Hofes waren die Delegationen jedoch nicht aktiv genug, wenn es darum ging, die Initiative zu fördern und politischen Willen zu mobilisieren. Aufgrund des Fehlens klarer Ziele, relevanter Indikatoren und vor Ort gesammelter Daten war es schwierig, die Wirkung und die Auswirkungen der Projekte und der Initiative insgesamt zu bewerten.

Der Hof empfiehlt der Kommission und dem EAD,

- Aktivitäten anhand einer systematischen Risikobewertung zu priorisieren;
- die regionale Dimension der Initiative zu stärken;
- die Rolle der EU-Delegationen im Rahmen der Initiative weiter zu stärken;
- mögliche Synergien und andere verfügbare Finanzierungsquellen zu ermitteln;
- durch bessere Überwachung und Bewertung die Rechenschaftspflicht und Sichtbarkeit in Bezug auf die Aktivitäten und Ergebnisse zu erhöhen;
- das CBRN-Webportal im Hinblick auf einen leichten Zugriff zu überarbeiten.

Hinweise für den Herausgeber

Der Europäische Rechnungshof stellt seine Sonderberichte dem Europäischen Parlament und dem Rat der EU sowie anderen betroffenen Parteien wie nationalen Parlamenten, Wirtschaftsakteuren und Vertretern der Zivilgesellschaft vor. Der weitaus größte Teil der Empfehlungen, die der Hof in seinen Berichten ausspricht, wird umgesetzt. Dieses hohe Maß an Umsetzung macht deutlich, welchen Nutzen die Arbeit des Hofes für die Bürgerinnen und Bürger der EU hat.

Der Sonderbericht Nr. 14/2018 "Die chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Exzellenzzentren der EU: Weitere Fortschritte sind erforderlich" ist in 23 EU-Sprachen auf der Website des Hofes (eca.europa.eu) abrufbar.